Menschen mit Behinderung: Mehr Demokratie!

Sie setzen sich für mehr Barrierefreiheit ein, für mehr Rücksichtnahme im ÖPNV und für eine gerechte Entlohnung

Can Düzdag und Joschka Büchs

Braunschweig. Als Mensch mit Behinderung fühlte Claus Everding sich und seine Freunde von Busfahrern ungerecht behandelt. „Deshalb habe ich mich engagiert", sagt er. Everding sitzt im Mobilitätsbeirat der Braunschweiger Verkehrs GmbH (BSVG) und setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen bei den Entwicklungen im Öffentlichen Nahverkehr berücksichtigt werden.

Zu seinem Engagement kam er durch das Braunschweiger Projekt „Wir wollen mehr Demokratie". Es bestärkt Menschen mit Behinderung darin, sich für ihre politischen Interessen starkzumachen. Das Projekt wird seit 2019 durch die Freiwilligen-Agentur Jugend-Soziales-Sport von Axel Klingenberg und Oliver Ding gemeinsam mit der Lebenshilfe organisiert und von der Aktion Mensch mit etwa 300.000 Euro gefördert.

Über hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatte das Projekt über die Jahre. Die Mitglieder treffen sich im Siegfriedviertel im Nachbarschaftstreff „Siegfrieds Bürgerzentrum", fahren zu Veranstaltungen, treffen sich mit Organisationen wie der BSVG oder besichtigen Rathaus und Landtag. Sie können selbst entscheiden, wie sie sich mit dem Thema Politik beschäftigen wollen.

Ding und Klingenberg haben das Projekt ins Leben gerufen, als sie erfuhren, dass Menschen mit Behinderung statistisch gesehen noch politikmüder sind als der Rest der Gesellschaft. „Ein Grund dafür sind Barrieren in der Aufbereitung politischer Themen" sagt Ding. Die Frage „Was hat das mit mir zu tun?" ist laut Katrin Essenburger, Leiterin der Lebenshilfe-Wohngemeinschaften im Siegfriedviertel, ein wichtiger Ausgangspunkt bei der Beschäftigung mit Politik. „Viele Dinge packen die Mitglieder des Projekts selbst an und wir begleiten sie nur", sagt Julia Gebauer, Lebenshilfe-Projektmitarbeiterin für Stadtteilprojekte.

Organisatoren und Teilnehmer des Projekts „Wir wollen mehr Demokratie" zur demokratischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen (von links): Claus Everding, Oliver Ding, Axel Klingenberg, Michaela Bosse, Jasmina Thouir, Katrin Essenburger, Julia Gebauer. DARIUS SIMKA/REGIOS24

Dabei muss politisches Engagement nicht zwangsweise mit einem Gremium oder einer Demo verbunden sein, finden die Mitglieder des Projekts. „Ich habe mich zum Beispiel in der Öffentlichkeit für einen Rollstuhlfahrer eingesetzt, der angespuckt wurde", sagt Yasmina Thouir, die ambulant von der Lebenshilfe betreut wird. Sie ist Sprecherin ihrer Arbeitsgruppe in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung der Lebenshilfe. Andere Mitglieder haben konkrete Forderungen an die Politik: „Das Entgelt für die Arbeit in den Werkstätten sollte an den Mindestlohn angeglichen werden", sagt Michaela Bosse, die ebenfalls durch die Lebenshilfe betreut wird.

Menschen mit Behinderung, die in Werkstätten von Sozialeinrichtungen arbeiten, gelten gesetzlich betrachtet nicht als Arbeitnehmer. Deshalb bekommen sie derzeit lediglich mindestens 126 Euro pro Monat als Entgelt. Dazu kann noch ein Steigerungsbetrag nach Arbeitsleistung und ein Arbeitsfördergeld von 52 Euro kommen.

Claus Everding wünscht sich zudem, dass Politiker mehr auf Menschen mit Behinderung zukommen. Immerhin: Die Gruppe wurde bereits von mehreren Ratsmitgliedern und Mitgliedern des Landtags empfangen. Ein häufiges Thema bei den Besuchen ist die Barrierefreiheit oder besser Barrierearmut, denn gänzliche Barrierefreiheit gibt es kaum. „Da geht es nicht nur um Rollstuhlrampen, sondern auch um das Verwenden von Leichter Sprache", sagt Klingenberg. Leichte Sprache ist ein System, um Texte in möglichst einfach verständlichen Worten wiederzugeben.

Auch etwa eine stark hallende Akustik in Räumen mit hohen Decken kann eine Barriere für Menschen mit Hörschädigung sein. Nicht selten müssen bei der Barrierefreiheit Kompromisse gefunden werden, um verschiedenen Gruppen gerecht zu werden. „Blinde nutzen die Bordsteinkante zu Orientierung, aber für Rollstuhlfahrer ist sie ein Hindernis", erklärt Everding. Ein Kompromiss seien hier Blindenleitsysteme, zum Beispiel geriffelte Steine, um blinden Menschen auch bei abgeflachten Bordsteinen Orientierung zu ermöglichen.

Oft profitieren von barrierearmen Vorrichtungen auch andere Gruppen, so Gebauer. „Bei barrierearmen Bushaltestellen können auch Familien mit Kinderwagen besser einsteigen", ergänzt Klingenberg. Wenn Informationen in Leichter Sprache vorhanden seien, könnten auch Menschen, die Deutsch als Fremdsprache lernen, diese besser verstehen.

Das Projekt „Wir wollen mehr Demokratie" läuft noch bis zum Jahresende. In Planung ist noch der Besuch im Bundestag und der Besuch einer Ausstellung in Neuerkerode.

Anzeige